



POLITIK / REDAKTION

Wasserstreit - keine Lösung ...

(SB) - Sieben Jahre nach Beginn der Verhandlungen über das größte Staudammprojekt in Afrika konnten die Streitparteien keine Einigung erzielen. US-Finanzminister Steve Mnuchin hatte Delegationen aus Ägypten, Sudan und Äthiopien, das bereits 70 Prozent des am Blauen Nil errichteten Staudamms ... (S. 3)

POLITIK / KOMMENTAR

Flucht - eine Manövermasse ...

(SB) - Im Niemandsland zwischen der geöffneten türkischen und der verschlossenen griechischen Grenze sammeln sich Tausende geflohene Menschen, um den Boden der EU zu erreichen. Ihre Zahl wächst von Stunde zu Stunde und ihre Lage ist katastrophal, da sie nur notdürftig versorgt werden ... (S. 5)

POLITIK / KOMMENTAR

Fridays for Future - Kritik zuspitzen ...

(SB) - Schließlich geht es bei der Klimakrise nicht nur um die Umwelt. Es ist eine Krise der Menschenrechte, der Gerechtigkeit und der politischen Willensbildung. Kolonialistische, rassistische und patriarchale ... (S. 8)

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Bolivien

US-Wissenschaftler: Wohl kein Wahlbetrug

von Marta Andujo



*Indigene protestieren im November gegen den Putsch in Bolivien
Foto: © Gerardo Magallón/
Desinformémonos*

US-Wissenschaftler: Boliviens Expräsident Morales hatte wohl bei den Wahlen am 20. Oktober 2019 einen Vorsprung von 10,5 Prozent vor dem Zweitplatzierten Mesa.

(Washington, 1. März 2020, *amerika21*) - Wie ein Paukenschlag hat eine Untersuchung von zwei Experten des Massachusetts Institute of Technology (MIT) gewirkt, wonach es für die Organisation Amerikani-

scher Staaten (OAS) keinen Grund gegeben habe, zu erklären, bei den Präsidentschaftswahlen vom letzten Oktober in Bolivien sei Betrug im Spiel gewesen.

Nach einer entsprechenden Beurteilung durch die OAS hatte die rechte Opposition in Bolivien gegen die Wiederwahl von Evo Morales mobilisiert und Polizei und Militär den rechtmäßigen Präsidenten genötigt, zurückzutreten. Morales und Mitglieder seiner Regierung wurden durch Drohungen gezwungen, ins Exil zu gehen. Seitdem herrscht eine Putschregierung

unter Führung von De-facto-Präsidentin Jeanine Áñez.

Morales hatte "höchst wahrscheinlich" über zehn Prozent Vorsprung

Ein Artikel in der US-Tageszeitung The Washington Post berichtete nun über die Untersuchung des Election Data and Science Lab des MIT, wonach etwa 1.000 Durchläufe methodologisch überlegener statistischer Simulationen es "höchst wahrscheinlich" machten, dass Evo Morales die Differenz von zehn Prozent der Wählerstimmen als Abstand zum zweitplatzierten Kandidaten der Rechten überschritten hatte. Diese Differenz ist nach bolivianischem Wahlrecht notwendig, um einen zweiten Wahlgang auszuschließen.

"Es scheint keine statistisch messbare Differenz in der Marge vor und nach der Aussetzung der vorläufigen Schnellauszählung gegeben zu haben", bestätigen die Forscher des weltweit führenden Instituts, John Curiel und Jack R. Williams, in ihrem Report.

Umstrittene Auszählung der Wahlen

Bei den Wahlen vom 20. Oktober 2019 wurde eine erste Schnellauszählung - nach Angaben der Wahlbehörde des Landes wegen technischer Probleme - für mehrere Stunden unterbrochen. Vor dieser Unterbrechung betrug der Vorsprung von Präsident Morales vor seinem stärksten Herausforderer, Carlos Me-

sa, weniger als zehn Prozent, was einen zweiten Urnengang bedeutet hätte. Nach fortgesetzter Auszählung ergab sich dann ein Vorsprung von mehr als zehn Prozent.

Die Wissenschaftler bestätigen nun dieses Ergebnis. "Morales hatte einen Vorsprung von mindestens 10,49 Prozent vor seinem Herausforderer." Der Anstieg der Stimmen für Morales nach der Unterbrechung ließe sich "vollkommen mit den bereits abgegebenen Stimmen erklären". Kenner*innen des Landes hatten bereits darauf hingewiesen, dass der höhere Zuwachs der Morales-Stimmen zum Ende der Auszählung lediglich die stärkere Basis des Politikers in den ländlichen Regionen widerspiegelte, deren Ergebnisse später eintrafen. Die MIT-Studie urteilt über die OAS-Erklärungen hart. Deren Schlussfolgerungen seien "zutiefst fehlerhaft" gewesen.

Schlussfolgerungen der OAS "zutiefst fehlerhaft"

Nachdem die OAS frühere Nachfragen der Wissenschaftler unbeantwortet ließ, reagierte sie nach der prominenten Veröffentlichung der Studie heftig. In einer Stellungnahme [1] stützt sie sich auf "Beweise für vorsätzliche Akte" zur Manipulation der Wahlen, "schwere Unregelmäßigkeiten wie einen Mangel an Schutz der Wahlunterlagen", eine "signifikante Zahl an Fehlern" und ein "offenkundiges Foul Play". Die hochangesehenen Wissenschaftler bezeichnen die Erklärung als "Individuen, die sich selbst als Wissenschaft-

ler und Spezialisten für Wahlprozesse ansehen". Im Übrigen habe die Europäische Union, die auch Wahlbeobachter*innen vor Ort hatte, die OAS-Einschätzung eines "Wahlbetrugs" geteilt.

Der entmachtete Präsident Boliviens äußerte sich bereits zu dem Washington Post-Artikel. Die Untersuchung sei "ein weiterer Beweis des monumentalen Raubs, den [Carlos] Mesa, [Jeanine] Áñez, [Luis] Camacho und [Luis] Almagro gegenüber allen Bolivianern begangen haben", schrieb Morales auf Twitter [2].

Unterdessen hat die Regierung von Mexiko die OAS aufgefordert, die "Mängel" bei ihrer Prüfung der Wahlen in Bolivien zu erklären. "Unser Vertreter bei der OAS wird formell beantragen, dass eine dritte Partei einen Vergleich beider Studien durchführt und die Diskrepanzen zwischen ihnen klärt", sagte der Sprecher des mexikanischen Außenministeriums, Roberto Velasco. "Angesichts der Ergebnisse der Studie, die die Analyse der OAS und die Äußerungen ihres Generalsekretärs Luis Almagro in Frage stellen, sollte die Organisation aus unserer Sicht die von diesen beiden Forschern bekannt gemachten Mängel in ihrem Bericht klären und erklären", bekräftigte Velasco.

Anmerkungen:

[1] <http://www.oas.org/document-s/eng/press/OSG-110-Editors-at-The-Monkey-Cage.pdf>

[2] <https://twitter.com/evoespueblo/status/1233084635648753665>



URL des Artikels:

<https://www.npla.de/thema/tagespolitik/us-wissenschaftler-wohlkei-wahlbetrug/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber:

Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.

Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin

Telefon: 030/789 913 61

E-Mail: poonal@npla.de

Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/ausland/pala1957.html>

Liste der neuesten und
tagesaktuellen Nachrichten ...
Kommentare ... Interviews ...
Reportagen ... Textbeiträge ...
Dokumente ...

Tips und Veranstaltungen ...

<http://www.schattenblick.de/infopool/infopool.html>

POLITIK / REDAKTION / AFRIKA

Wasserstreit - keine Lösung ...

(SB) 2. März 2020 - Sieben Jahre nach Beginn der Verhandlungen über das größte Staudammprojekt in Afrika konnten die Streitparteien keine Einigung erzielen. US-Finanzminister Steve Mnuchin hatte Delegationen aus Ägypten, Sudan und Äthiopien, das bereits 70 Prozent des am Blauen Nil errichteten Staudamms GERD (Grand Ethiopian Renaissance Dam) fertiggestellt hat, zwei Tage zu abschließenden Beratungen in Washington empfangen. Am vergangenen Freitag sollte die Vereinbarung unterzeichnet werden, doch wie kurz zuvor angekündigt blieb die äthiopische Delegation dem Treffen fern. Es bedürfe noch heimischer Abstimmungen, lautete die Begründung. [1]

Lediglich Ägypten hat das Abkommen unterzeichnet und zeigte seine Zufriedenheit über das Verhandlungsergebnis, dem am 23. März 2015 eine Grundsatzvereinbarung vorausgegangen war.

Mit dem Staudamm GERD will Äthiopien nicht nur den Stromhunger seiner rasch wachsenden Wirtschaft stillen, sondern auch zum führenden Stromexporteur Ostafrikas aufsteigen, und zwar so rasch wie möglich. Die bedeutet allerdings, daß es das Staubecken innerhalb weniger Jahre füllt, das Aufstauen nicht auf die Regenzeit beschränkt, sondern auch in Dürreperioden reichlich Wasser zurückhält, und möglichst

noch in diesem Jahr die Turbinen zum Laufen bringt, auch wenn der Damm noch nicht fertiggestellt ist. Bei voller Auslastung der 16 Turbinen würde der 1,8 Kilometer lange Damm die Strommenge von sechs Atomkraftwerken von je 1000 MW Leistung bringen. [2]

Der äthiopische Standpunkt ist in dieser Form für Ägypten nicht hinnehmbar. Der Nil, mit rund 6.650 Kilometer der längste Fluß der Erde, bildet die Lebensader Ägyptens. Ohne ihn wäre das Land eine einzige trockene Wüste, so wie heute schon die Gebiete östlich und westlich des Niltals. Auch Ägypten will prosperieren, für die rasch wachsende Bevölkerungszahl genügend Agrarerzeugnisse produzieren und den Fluß weiterhin als wichtige Verkehrsverbindung zwischen Ober- und Unterägypten nutzen.

Hinzu kommt die Gefahr, daß, wenn der Nil weniger Wasser führt, der geringere Druck des Flusses gegenüber dem Mittelmeer das schon vorhandene Problem der Salzwasserintrusion verstärkt. Dadurch gehen landwirtschaftliche Flächen verloren. Außerdem steigt der Meeresspiegel des Mittelmeeres aufgrund der globalen Erwärmung. Käme jetzt noch hinzu, daß der Nil nennenswert weniger Wasser führt, würde das ebenfalls die Landwirtschaft im Mündungsgebiet des Nils beeinträchtigen.

Trotz der Vermittlungsversuche ihres gemeinsamen Verbündeten USA waren die unterschiedlichen Standpunkte Äthiopiens und Ägyptens nicht zu überbrücken. Zu groß ist die Diskrepanz zwischen der Vorstellung Äthiopiens, das den Stausee innerhalb der nächsten fünf bis sieben Jahre auffüllen will, und Ägyptens, das einen Zeitraum von zwölf bis 21 Jahren vorschlägt.

Am Samstag, einen Tag nach der Unterzeichnung der umstrittenen Vereinbarung durch Ägypten, erklärte Äthiopien, die Verhandlungen seien keineswegs abgeschlossen. Der Text des Dokuments sei nicht das Ergebnis der Verhandlungen zu den technischen und rechtlichen Fragen der drei beteiligten Länder. Im übrigen weise man die US-Forderung zurück, daß der Staudamm nicht getestet oder gefüllt werden solle, bevor nicht mit den Stromanrainerstaaten Sudan und Ägypten eine Einigung erzielt worden sei. [3]

Die Retourkutsche Ägyptens ließ nicht lange auf sich warten. Am Sonntag erwiderten das ägyptische Außenministerium und das Ministerium für Wasserwirtschaft in einer gemeinsamen Erklärung, es sei schon merkwürdig, daß nach mehr als fünf Jahren intensiver Verhandlungen, bei denen alle Aspekte und Details angesprochen worden seien, Äthiopien plötzlich mehr Zeit beansprucht. [4]

Daß sich bei den offenen technischen Fragen Äthiopien benachteiligt fühlt, kann wohl als Hinweis gedeutet werden, daß die Position Kairos stärker zur Gel-

tung gekommen war als die Ad-dis Abebas. Das könnte man auch als Versagen der US-Diplomatie bezeichnen.

Ägyptens per Staatsstreich an die Macht gekommene Präsident Abdel Fattah El Sisi, der aus dem Militärapparat stammt, hat in der Vergangenheit zu verstehen gegeben, daß das Wasser des Nils existentiell wichtig für Ägypten ist und er niemals ein für sein Land schlechtes Verhandlungsergebnis akzeptieren wird. Am Samstag ließ Kairo verlautbaren, daß es "alle verfügbaren Mittel" einsetzen werde, um das Recht des ägyptischen Volkes zu verteidigen.

Äthiopiens Premierminister Abiy Ahmed Ali, 2019 mit dem Friedensnobelpreis geehrt, sagte laut der in den Vereinigten Arabischen Emiraten ansässigen Zeitung "The National", sein Land sei vorbereitet, den Damm gegen jeden Angriff zu verteidigen. Es sei ein leichtes, eine Million Menschen für den Kampf zu mobilisieren.

Die Verwendung solch bellizistischer Rhetorik bedeutet nicht, daß ihr als nächstes automatisch Taten folgen. Die Staatsführer beider Streitparteien müssen auch jeweils ihre innenpolitische Position verteidigen und wollen nach außen hin nicht als schwach erscheinen. Das könnte aber auch mutmaßliche Sachzwänge entstehen lassen, für die dann eine militärische Lösung gesucht wird. Dadurch daß die Diplomatie der USA und auch der Weltbank gescheitert ist, könnte mehr Glas zerbrochen sein als vor Beginn der Verhandlungen.

Anmerkungen:

[1] <https://home.treasury.gov/news/secretary-statements-remarks/statement-by-the-secretary-of-the-treasury-on-the-grand-ethiopian-renaissance-dam>

[2] <http://schattenblick.de/infopool/politik/redakt/afka2201.html>

[3] <https://www.thenational.ae/world/mena/egypt-and-ethiopia-escalate-war-of-words-over-draft-nile-dam-agreement-1.986567>

[4] <https://www.mfa.gov.eg/English/MediaCenter/News/Pages/Ethiopians.aspx>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/redakt/afka2205.html>

SCHACH - SPHINX

Alte Frage im tausendfachen Gewand

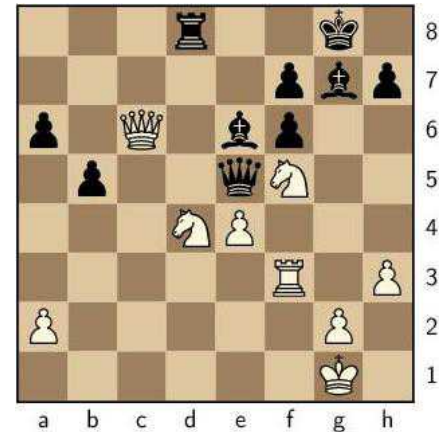
(SB) - Randgebiete der Wahrheitssuche gibt es auch in unserem schönen Schachspiel zuhauf, man muß noch nicht einmal lange suchen. Sie drängen sich einem förmlich auf, tragen entweder Schuhe mit hohen Absätzen, um besser gesehen zu werden, oder kommen in bunten schillernden Kleidern daher, denen kein Auge ausweichen kann. Es sind dies die Varianten, die gerne mit dem Attribut "umstritten" bezeichnet und dekoriert werden. "Umstritten?" Nun, dieses Wort will in aller Sachlichkeit besagen, daß die Herren Theoretiker mit ihrem Urteil noch ein Weilchen bei den Praktikern der Kunst hausieren gehen wollen. Sie gedulden

sich, legen sich auf die Lauer und spähen mit großen Augen in die Turnierlandschaft hinein. Nehmen wir als ein solches Beispiel die Giftbauervariante der Sizilianischen Verteidigung. Lange Zeit hatte sie die Noblesse der Schachheroen nur von oben herab gewürdigt. Doch als der kühne Streiter amerikanischer Herkunft, nämlich Bobby Fischer, gleich zweimal während seines Weltmeisterschaftskampfes 1972 gegen den Russen Boris Spasski zu dieser heiklen Variante griff - in seiner 7. und 11. Partie - wurde die Frage einer neuen Aktualität zugeführt. In der ersten Partie glänzte Fischer, mußte dann jedoch in der zweiten kleinlaut die Kapitulation erklären. Dennoch war das Rad in Bewegung gesetzt worden. Fortan stritten sich die Schachköpfe heiß. War der Bauer vergiftet oder spielte Weiß mit seinem Schicksal. Auch nach mehreren Jahrzehnten emsiger Forschungstätigkeit ist eine Antwort so fern wie in den Pionier-

jahren. Schwarz darf es sich leisten, den Bauern zu rauben, er muß sich hinterher allerdings komplizierten Varianten stellen, die Weiß gute Chancen bieten, aber einen Weg zu klarem Vorteil zumindest nach wie vor versteckthalten. Im heutigen Rätsel der Sphinx folgte der jugoslawischen Großmeister Lajos Portisch den Fußstapfen Fischers und hatte Erfolg. Im Diagramm mußte er sich allerdings vor der Fortsetzung 1...Td8xd4? 2.Dc6-e8+ Lg7-f8 3.Tf3-g3+ hüten. Also, Wanderer, wie umging Portisch die Falle und brachte seinen Mehrbauern zur Geltung?

Auflösung des letzten Sphinx-Rätsels:

Die winzigen Hoffnungen von Haag nach 1.Ta1-g1 gründeten sich auf 1...g4xf3+? 2.g2xf3+ Tf5-g5 3.Tg1xg5+ Df6xg5 4.f3xe4 und auch nach 1...Le4xf3 2.g2xf3 Tf5xf3+ 3.Kf2-e2 Tf3-



Nunn - Portisch
Toluca 1982

f2+ 4.Ke2-e1 wären Remischancen durchaus noch drin gewesen. Amsterdam machte jedoch ohne viel Umschweife kurzen Prozeß: 1...Tf8-e8! 2.Kf2-e2 Tf5xf3! 3.Ke2-d1 - 3.g2xf3 kostet die Dame - 3...Tf3xe3 4.Td2-d6 Df6-c3 und Haag streckte die Waffen auf dem Postwege.

<http://www.schattenblick.de/infopool/schach/schach/sph07198.html>

POLITIK / KOMMENTAR / REPRESSION

Flucht - eine Manövermasse ...

Unsere Grenzen werden hervorragend gesichert. Unsere Leute stehen bereit, die Truppen wurden verstärkt. Sie tun, was sie tun müssen, um Griechenlands Grenzen zu schützen.

Verteidigungsminister Nikos Panagiotopoulos [1]

(SB) 2. März 2020 - Im Niemandsland zwischen der geöffneten türkischen und der verschlossenen griechischen Grenze sammeln sich Tausende geflohene Menschen, um den Boden der EU zu erreichen. Ihre Zahl wächst von Stunde zu Stunde und ihre Lage ist katastrophal, da sie nur notdürftig versorgt werden. Präsident Recep Tayyip Erdogan hatte die Grenzen in der Provinz Edirne, die Übergänge nach Grie-

chenland und Bulgarien hat, für offen erklärt, und laut Innenminister Süleyman Soylyu haben bereits über 100.000 Menschen die Türkei verlassen. Die UN-Organisation für Migration (IOM) nennt eine deutlich niedrigere Zahl. Rund 13.000 Flüchtlinge, darunter Familien mit kleinen Kindern, befanden sich an der 212 Kilometer langen Grenze, die

chenland und Bulgarien hat, für offen erklärt, und laut Innenminister Süleyman Soylyu haben bereits über 100.000 Menschen die Türkei verlassen. Die UN-Organisation für Migration (IOM) nennt eine deutlich niedrigere Zahl. Rund 13.000 Flüchtlinge, darunter Familien mit kleinen Kindern, befanden sich an der 212 Kilometer langen Grenze, die

meisten versammelten sich an Übergängen in Gruppen von bis zu 3000 Menschen. Die Zahl der Migranten, die sich in Richtung Grenze bewegten, nehme zu, da Autos, Taxis und Busse aus Istanbul ankämen. Die Organisation verteile Essen und Vorräte. In der Nacht fielen die Temperaturen fast auf null Grad, auch der Wind sei ziemlich stark. [2]

Nach Angaben des Migrationsministeriums in Athen hinderte die griechische Polizei bislang nahezu 10.000 Menschen daran, die Grenze zu überqueren. Die Einheiten wurden verstärkt, und Berichten zufolge setzten die griechische Grenzpolizei und Sondereinheiten der Bereitschaftspolizei am geschlossenen Grenzübergang Kastanies nahe der türkischen Stadt Edirne Tränengas, Blendgranaten und sogar einen Wasserwerfer ein, als Hunderte Migranten versuchten, die Grenze zu stürmen. Die Grenzübergänge sind zwar mit Stacheldrahtrollen versehen, die aber Tausende Menschen nicht abhalten würden, sollten diese den Durchlaß gewaltsam erzwingen wollen. Diese Situation läßt befürchten, daß die griechische Polizei womöglich sogar von Schußwaffen Gebrauch machen würde.

Die Flüchtlinge sind am Grenzfluß Meric Nehri (griechisch: Evros) gefangen, da türkische Sicherheitskräfte sie auch nicht mehr zurückgehen lassen. Über mehr als 100 Kilometer trennt der Fluß Griechenland von der Türkei. Er ist zwar recht breit, aber nicht sehr tief, so daß es einige Menschen schaffen, durchzuwaten oder zu schwimmen. Andere

haben sich Boote organisiert. Doch wer es auf die griechische Seite schafft, läuft Gefahr, im Gefängnis zu landen. "Diejenigen, die griechisches Territorium betreten haben, wurden festgenommen und inhaftiert", unterstrich Verteidigungsminister Nikos Panagiotopoulos bei seinem Besuch an der Grenze. Griechische Behörden berichten bisher von über 70 solcher Festnahmen. Gegen 17 afghanische Migranten hat ein Schnellgericht bereits ein Urteil gefällt: Dreieinhalb Jahre Haft wegen illegalen Grenzübertritts. Trotzdem schaffen es manche Flüchtlinge, sich durch den Evros und an allen Kontrollen vorbei bis auf die griechische Landstraße durchzuschlagen, wo sie versuchen, zunächst zu Fuß weiterzukommen.

Auch auf den Inseln in der Ägäis treffen immer mehr Flüchtlinge ein. Zahlreiche Boote seien unterwegs, die von der türkischen Küstenwache beobachtet, aber nicht an der Überfahrt gehindert würden. Im Hafen von Thermi auf Lesbos haben Einwohner versucht, Migranten in einem Schlauchboot am Anlegen zu hindern. Die aufgebrachte Menge habe den Migranten "Geht zurück in die Türkei" zugerufen und Journalisten und Mitarbeiter humanitärer Organisationen attackiert, berichteten örtliche Medien. Zudem wurden Straßen blockiert, um zu verhindern, daß Busse Migranten in das völlig überfüllte Lager Moria bringen, das nach dem Willen der angestammten Inselbewohner geschlossen werden soll.

"Keine Frage - das ist hier eine organisierte Aktion gegen unsere Grenzen", warf der griechische

Verteidigungsminister zu Recht der türkischen Regierung vor, sie habe die Flüchtlinge zu diesem Marsch auf die Grenze aufgefordert. Griechenland sendet Medienberichten zufolge eine SMS-Nachricht an Migranten, die sich auf der türkischen Seite der Grenze versammelt haben. "Versuchen Sie nicht, illegal die griechische Grenze zu passieren", heißt es darin. Der griechische Nationale Sicherheitsrat hat beschlossen, vorerst einen Monat lang keine neuen Asylanträge mehr anzunehmen. Wer innerhalb dieser Periode ohne gültige Reisepapiere einreist, soll direkt und ohne Registrierung oder Möglichkeit zur Stellung eines Asylantrags zurück ins Heimatland abgeschoben werden. Darüber hinaus werden illegale Grenzübertritte mit von Schnellgerichten zu verhängenden Haftstrafen belegt. An der Landgrenze finden von dieser Woche an Militärmanöver mit scharfer Munition statt, was die Flüchtlinge, aber auch die türkische Seite abschrecken soll.

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und EU-Ratspräsident Charles Michel verfolgen die Lage an den EU-Außengrenzen zur Türkei mit Besorgnis. "Unsere oberste Priorität ist, dass Griechenland und Bulgarien unsere volle Unterstützung haben", erklärte von der Leyen. Die EU sei zu weiterer Unterstützung bereit, auch mit zusätzlichen Kräften der EU-Grenzschutzagentur Frontex. Wie diese mitteilte, wurde die Alarmstufe für alle Grenzen zur Türkei auf "hoch" angehoben. Auf Bitten des Landes seien zusätzliche Beamte sowie Ausrüstung nach Griechenland geschickt worden. "Eine Situation wie 2015 darf sich keinesfalls

wiederholen", schrieb Österreichs Bundeskanzler Sebastian Kurz bei Twitter. "Unser Ziel muß es sein, die EU-Außengrenzen ordentlich zu schützen, illegale Migranten dort zu stoppen und nicht weiterzuwinken. [3]

Mit der Öffnung der Westgrenze für Flüchtlinge setzt Erdogan die Drohung um, massiven Druck auf die EU auszuüben, um deren Unterstützung für seinen Krieg gegen die syrischen Streitkräfte zu erzwingen. Der staatliche Sender TRT informierte auf Twitter in arabischer Sprache über Fluchtrouten nach Europa, Tausende Schutzsuchende wurden mit Bussen an die Grenze gebracht. Es handelt sich um Flüchtlinge, die sich bereits in der Türkei aufgehalten haben, während die Grenze zu Syrien hermetisch geschlossen bleibt, hinter der in Idlib nahezu eine Million vor den Kämpfen geflohene Menschen ausharren.

Die Türkei hat eine Militäroffensive gegen die syrische Armee gestartet und damit der Regierung in Damaskus de facto den Krieg erklärt. Wie Verteidigungsminister Hulusi Akar erklärte, sei in der nordwestsyrischen Provinz Idlib die Operation "Frühlingsschild" im Gange. In türkischen Berichten ist von abgeschossenen Hubschraubern und über 100 zerstörten Panzern die Rede, mehr als 2000 syrische Soldaten seien "außer Gefecht gesetzt worden". Die syrische Regierung hat in Reaktion auf den Angriff den Luftraum im Nordwesten des Landes gesperrt. Flugzeuge und Drohnen dürften dort nicht mehr fliegen, jedes Flugzeug, das den Luftraum verletze, werde als feindlich eingestuft und abgeschossen. [4]

Kurz darauf wurden nach übereinstimmenden Angaben der syrischen amtlichen Nachrichtenagentur SANA und des türkischen Verteidigungsministeriums zwei syrische Kampffjets vom Typ Su-24 von der türkischen Luftwaffe abgeschossen.

Erdogan richtete zuletzt scharfe Warnungen an Rußland und Syrien. In einem Telefonat mit Wladimir Putin sagte er nach eigenen Angaben, Rußland solle der Türkei in Syrien "aus dem Weg" gehen. Syrien wiederum drohte er, daß es für den Tod der türkischen Soldaten den "Preis zahlen" werde. Verteidigungsminister Akar betonte, die Türkei habe kein Interesse an einem Konflikt mit Rußland. Sie wolle vielmehr das "Massaker" der syrischen Regierung beenden und eine neue Migrationswelle verhindern. Er appellierte erneut an Moskau, auf die syrische Regierung einzuwirken, damit diese die Angriffe einstelle.

Im syrischen Krieg wird Präsident Baschar al-Assad von Rußland unterstützt, während die Türkei auf islamistische Milizen als ihre Handlanger setzt. In den vergangenen Jahren haben sich Rußland und die Türkei trotz ihrer gegensätzlichen Interessen in Syrien immer wieder um eine Kooperation bemüht. Gemäß des 2018 geschlossenen Astana-Abkommens unterhält die Türkei in Idlib rund ein Dutzend Beobachtungsposten. Allerdings hielt Erdogan seinen Teil des Abkommens nie ein, gemäßigte islamistische Milizen vom harten Kern zu trennen und diesen aus Idlib zu entfernen. Dadurch konnte der syrische Al-Qaida-Ableger Haiat Tahrir Al-Scham (ehemals Nusra-Front) al-

le anderen Milizen unterwerfen und sein Scharia-Regime errichten.

Als die syrischen Truppen vorrückten, um die HTS zu bezwingen und auch Idlib wieder unter Kontrolle zu bringen, forderte Erdogan im Januar, die syrische Armee müsse sich hinter die vereinbarten Frontlinien in Idlib zurückziehen. Andernfalls werde sein Land dies mit militärischen Mitteln erzwingen. Ankara verlegte Tausende zusätzliche Soldaten nach Idlib und lieferte Panzerwagen und Luftabwehrraketen an die HTS. Nachdem rund drei Dutzend türkische Soldaten bei einem syrischen Angriff getötet worden waren, griff die türkische Armee Stellungen der syrischen Armee und mit ihr verbündeter iranischer Milizen in Idlib, Aleppo und der Küstenregion Latakia mit Artillerie, Raketen und Drohnen an. [5]

Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer forderte die EU und die US-Regierung auf, gemeinsam den Druck auf den syrischen Staatsoberhaupt Baschar al-Assad und den russischen Präsidenten Wladimir Putin zu erhöhen, um Gespräche über eine politische Lösung des Konflikts zu ermöglichen. Während Assad und Putin für den Krieg und die Flüchtlinge in Idlib verantwortlich gemacht werden, enthalten sich Bundesregierung und EU jeglicher Kritik an Erdogans militärischer Intervention im Nachbarland, seiner Unterstützung der HTS und der ethnischen Säuberung in den kurdischen Gebieten.

Im Kontext dieser Kriegsführung werden vertriebene und vor den

Kämpfen geflohene Menschen mehr denn je zur Verhandlungsmasse degradiert, für einen Bevölkerungsaustausch instrumentalisiert oder als Feindbilder bezichtigt. Griechische Medien stimmen die Bevölkerung mit Berichten über die "Schlacht an der Grenze", "Widerstand gegen die Invasion der Flüchtlinge" oder die "fünfte Kolonne Erdogans" auf eine Konfrontation ein, die im Land ihren Widerhall findet. [6] "An der Außengrenze muss Recht und Ordnung durchgesetzt werden", erklärt auch der CSU-Politiker und EVP-Vorsitzende im Europaparlament, Manfred Weber, der das Vorgehen der griechischen Regierung für richtig hält. Komme es zu kollektiven Angriffen auf die Grenze, müssten diese kollektiv zurückgewiesen werden. Es handle sich nicht um individuelle Menschen, die in Griechenland Asyl beantragen wollen, sondern um von Erdogan bezahlte Busladungen von Leuten, die

im sicheren Drittstaat Türkei in Flüchtlingslagern untergebracht und versorgt seien. Sind demnach die Aussetzung des Asylrechts und der Einsatz von Tränengas gegen Flüchtlinge gerechtfertigt? Webers Antwort ist aufschlussreich:

Wenn der Staat an der Außengrenze dafür sorgt, dass die Grenzen gesichert werden und dass das Recht durchgesetzt wird, dann muss er auch in der Lage sein, wie übrigens auch bei Demonstrationen in Deutschland, in Frankreich, wenn Gewalttätige gegen Polizisten vorgehen, hat der Staat das Recht, auch Tränengas einzusetzen. Das machen wir Deutsche auch, wenn Gewalt auf der Straße herrscht. [7]

Anmerkungen:

[1] www.tagesschau.de/ausland/grenze-tuerkei-griechenland-101.html

[2] www.faz.net/aktuell/politik/ausland/zehntausende-fluechtlinge-an-tuerkisch-griechischer-grenze-16658285.html

[3] www.dw.com/de/die-kalte-nacht-an-der-grenze/a-52593879

[4] www.spiegel.de/politik/ausland/syrien-krieg-in-der-provinz-idlib-tuerkei-startet-militaeroffensive-a-a723cb7c-01c8-4db3-aa98-a3979c028074

[5] www.jungewelt.de/artikel/373599.krieg-in-syrien-erdogans-kriegserklaerung.html

[6] www.heise.de/tp/features/Griechenland-setzt-vorlaeufig-Asylrecht-aus-4672030.html

[7] www.deutschlandfunk.de/europaeische-fluechtlingspolitik-an-der-aussengrenze-muss.694.de.html

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/repr1670.html>

POLITIK / KOMMENTAR / HERRSCHAFT

Fridays for Future - Kritik zuspitzen ...

Schließlich geht es bei der Klimakrise nicht nur um die Umwelt. Es ist eine Krise der Menschenrechte, der Gerechtigkeit und der politischen Willensbildung. Kolonialistische, rassistische und patriarchale Unterdrückungssysteme haben sie geschaffen und angeheizt. All das müssen wir demontieren. Greta Thunberg, Luisa Neubauer, Angela Valenzuela - Why We Strike Again [1]

(SB) 2. März 2020 - Nach dem großen Aufschlag, der die Klimakrise in den Mittelpunkt der gesellschaftlichen Diskussion gestellt hat, laufen die weiterhin freitags protestierenden SchülerInnen Gefahr, auf der Stelle zu treten und von der realpolitischen Klimaschutzvermeidung überholt zu werden. Es mangelt an Streitpositionen, die unter Verweis auf den sozialen Charakter des

Mensch-Natur-Stoffwechsels polarisieren und dem beschwichtigenden Konsens, die Katastrophe lasse sich durch technologische Innovationen und einen Farbenwechsel von braun nach grün bewältigen, konkrete Kritik an den herrschenden Produktionsbedingungen entgegenhalten.

Damit sind nicht nur die destruktiven Folgen der energetischen

und stofflichen Basis industrieller Gütererzeugung und die auf Massenkonsum basierende Reproduktion individuellen Lebens gemeint. Wer die Frage stellt, wie so trotz umfassender und tiefgreifender Erkenntnisse zu den zerstörerischen Folgen des menschlichen Stoffwechsels mit der Natur keine den wissenschaftlichen Prognosen zum absehbaren Verlauf des Klimawandels adäquaten Maßnahmen ergriffen werden, kommt nicht daran vorbei, die Prozesse politischer Willensbildung daraufhin zu befragen, ob sie diesem Zweck überhaupt gewachsen sind.

Dabei zeigt sich schnell, daß die Verwendung der allen Menschen gleichermaßen zur Verfügung stehenden Grundlagen natürlichen Lebens in kapitalistisch organisierten Gesellschaften nach ganz anderen Kriterien organisiert ist als dem Ziel, das durch intensiven Ressourcenverbrauch, erst zu erzeugenden Bedarf, lange Transportwege, überflüssige Verpackung und Werbung entgleiste Verhältnis von Aufwand und Nutzen durch geringstmögliche Zerstörungskraft zu entschärfen. Produziert wird mit dem Ziel der Erwirtschaftung von mehr Kapital als derjenigen Menge, die in die jeweiligen Produktionsprozesse investiert wird. Kurz gefaßt wird Kapital um seiner selbst willen vermehrt, was die Ausbeutung von Mensch und Natur durch die EigentümerInnen der Produktionsmittel voraussetzt.

Konterstrategien des grünen Kapitalismus

Obwohl die Mangel und Not erzeugende Basis dieses gesell-

schaftlichen Organisationsprinzips keinem Menschen wirklich unbekannt sein kann, wird erfolgreich suggeriert, die Beschränkung des Klimawandels lasse sich durch Effizienzsteigerung in der Produktion, also die optimierte Nutzung notwendiger Ressourcen, auch bei fortgesetztem Wirtschaftswachstum erreichen. Dabei gehen die Freisetzung von Treibhausgasen, die Zerstörung der Ökosysteme und die Biodiversitätskrise ungemindert oder gar mit anwachsender Beschleunigung vorstatten. Allein das Versprechen auf technologische Innovation läßt die Menschen glauben, allen düsteren Aussichten zum Trotz auch in Zukunft die Früchte der auf Wettbewerb und Zuwachs abonnierten gesellschaftlichen Produktionsweise genießen zu können.

Um das Versprechen, alles zur Bewältigung der Klimakrise zu tun, mit Glaubwürdigkeit zu erfüllen, setzen sich Staat und Wirtschaft an die Spitze der Bewegung. Sie geben bekannt, die Auslagerung von Umweltkosten im Produktionsprozeß und nicht nachhaltige Formen des Konsums durch fiskalische und ordnungsrechtliche Regulative in den Griff zu bekommen, von nun an nur noch in ökologische Projekte zu investieren, Verschmutzungsrechte am Markt für Emissionshandel zu erwerben und was der auf Netto Null geeichten Dekarbonisierungsmaßnahmen mehr sind. Über das Brutto, also die lediglich in andere Regionen oder Sektoren verschoben, aber dadurch nicht reduzierten Emissionsmengen wird großzügig hinweggegangen, und auch die am Finanzmarkt entwickelten Verwertungskonzepte für Naturkapi-

tal und Ökosystemleistungen sind nur erfolgreich als Kapitalanlage zu bewerben, wenn viel von dem knapper werdenden Sand in die Augen potentieller KundInnen gestreut wird.

Ein im Widerspruch von Anspruch und Wirklichkeit nicht minder frappantes Beispiel ist der Wechsel vom fossil zum elektrisch betriebenen Automobil [2], der alle sozialökologischen Nachteile des motorisierten Individualverkehrs aus industriepolitischen und nationalökonomischen Gründen fortschreibt. Ökologisch kontraproduktiv ist auch die Fortsetzung der ressourcenintensiven Landwirtschaft mit Mineraldünger, Pestiziden, Gentechnik und Massentierhaltung als vermeintlich einzige Lösung für die Welternährung und die Förderung der sogenannten Bioökonomie zur angeblich ökologisch nachhaltigen Erzeugung von Rohstoffen für die Energie- und Güterproduktion. Beides stellt eine Bedrohung der Ernährungssouveränität und Gesundheit der Menschen dar, beides schadet der Biodiversität und schadet der Fähigkeit der Böden, zum dauerhaften Anbau von Lebensmitteln und als CO₂-Senken zu dienen [3].

Auf der Strecke dieses weitgehend simulierten und symbolpolitischen Krisenmanagements liegen folgerichtig hochriskante Lösungen wie die technische Beeinflussung der Atmosphäre in einer Art von globalem Großexperiment, die Rückkehr zur Nutzung von Atomenergie oder genetische Manipulationen an Pflanzen und Tieren zwecks Ertragssteigerung und sogar an Menschen zur Steigerung ihrer Resilienz. Niemals

auszuschließen auf dem Weg kapitalistischer Expansion und Extraktion ist schließlich das Entgleisen aller vorgeblich gutgemeinten Lösungsansätze durch die verschärfte Staatenkonkurrenz im Griff nach fruchtbaren Landflächen und mineralischen Ressourcen bis hin zum Fanal neuer großer Staatenkriege und der Ausbildung faschistischer Herrschaftsformen, bei denen es dann ganz ungeschminkt um die sozialdarwinistische Durchsetzung von Überlebenschancen geht.

Dabei halten die Regierungen und Unternehmen, an die die AktivistInnen von Fridays for Future appellieren und denen gegenüber sie Druck aufbauen, an der Logik fortwährenden Wachstums und der dafür erforderlichen Bewirtschaftung des Weltmarktes im Grunde genommen nur aus einem Grund fest. Ihre SachwalterInnen befinden sich in gesellschaftlichen Machtpositionen, die sie mit erheblichem manipulativen Geschick und institutionellem Aufwand fortschreiben, oder sind zur Sicherung von Privilegien, von denen das Gros der Weltbevölkerung nur träumen kann, zumindest von ihnen abhängig. Was administrativ und sozial als Klassenherrschaft, Rassismus, Kolonialismus, patriarchale und rechtsradikale Ideologie in Erscheinung tritt, ist durch den gemeinsamen Nenner der privatwirtschaftlichen Eigentumsordnung unlösbar miteinander verknüpft.

Daß es sich dabei um ein Gewaltverhältnis handelt, leuchtet schon deshalb ein, als es bei dem verzweifelten Versuch von Millionen Menschen, irgendwie an die

ser Ordnung teilzuhaben, um nichts geringeres als Leben und Tod geht. Da die Zugehörigkeit zu einem Staat wie der Bundesrepublik ein Privileg, aber kein Verdienst ist, wird sie um so mehr durch nationalistische und rassistische Ideologien zur Frage darüber erhoben, wer dazugehört und wer draußen bleiben muß. Der Aufstieg der Neuen Rechten ist denn auch wesentlich der Erschütterung des Anspruches darauf geschuldet, daß die staatsbürgerliche Zugehörigkeit wie selbstverständlich materielle Vorteile mit sich bringt. Was früher schon aus klassengesellschaftlichen Gründen nur sehr bedingt gestimmt hat, gilt für die überflüssig gemachten ArbeiterInnen in Zeiten kapitalistischer Krise und informationstechnischer Rationalisierung noch weniger.

Um so erforderlicher scheint es zu sein, den planetaren Raubbau, der die Kapitalakkumulation in hochproduktiven Staaten befeuert, über neokolonialistische Handelsstrategien und imperialistische Kriege hinaus durch die Unhinterfragbarkeit weißer Suprematie und patriarchaler Herrschaft zu legitimieren. Wer die wie selbstverständlich in Anspruch genommene Gewalt gegenüber Frauen, anderen Geschlechtern, People of Colour, sozial verelendeten Menschen als auch nichtmenschlichen Lebewesen offensiv in Frage stellt, erfüllt alle Kriterien eines "grünversifften" oder "kulturmarxistischen" Feindbildes, wie es in der vehementen Opposition gegenüber der Klimagerechtigkeitsbewegung, ihrer Fürsprecherin Greta Thunberg und der politischen Linken manifest wird.

Unbescheidene Fragen, radikale Eröffnungen

Wie Greta und ihre Mitstreiterinnen Luisa Neubauer und Angela Valenzuela in einer in ihrer Tragweite zu wenig beachteten Stellungnahme gegen "kolonialistische, rassistische und patriarchale Unterdrückungssysteme" zu erkennen gegeben haben, ist ihnen durchaus bewußt, daß ihr Protest an inhaltlicher Schärfe zunehmen muß. Es reicht nicht mehr aus, den Regierenden unter Verweis auf die Wissenschaften anzukündigen, daß die Demonstrationen nicht aufhören werden, solange keine angemessenen Maßnahmen gegen die Klimakrise ergriffen werden. Um den hochentwickelten Strategien des grünen Kapitalismus, die jugendliche Opposition in seine Geschäftsmodelle einzubinden, nicht auf den Leim zu gehen, bedarf es grundsätzlicher Herrschaftskritik und der schonungslosen Analyse der Faktoren, die die Zerstörung natürlicher und menschlicher Lebenswelten bedingen. Dies erfolgt um so wirksamer, als die häufig aus weißen Mittelstandsfamilien stammenden AktivistInnen die eigenen Erfahrungen als auch die gesellschaftlichen Angebote, mit denen sie von weiterer Radikalisierung abgehalten werden sollen, kritisch in Augenschein nehmen.

Ohne das Problem bei der Wurzel zu packen wird es nicht gehen. Schließlich ist die Klimakrise nicht als numinoser Schicksalsschlag über die Menschen gekommen, sondern Ergebnis einer Widerspruchsentwicklung, die die Ausbeutung von Arbeit und Natur mit der Entfaltung fossilistisch befeuerter Produktivkräfte beschleunigt und vertieft, aber nicht begründet hat. Im sozialen Widerstand gegen

feudale Herrschaft wurde die Eigentumsfrage schon gestellt, bevor die Verfügungsgewalt über die privat angeeigneten Produktionsmittel jene monopolkapitalistische Konzentration geschaffen hat, der Luft, Wasser und Boden als außerbilanzliche Produktions- und Entsorgungsfaktoren zur Verfügung stehen.

Um so relevanter ist heute zu fragen, ob das universale Prinzip der Gleichheit aller Menschen überhaupt noch gilt oder längst durch die Herstellung massiver Ungleichheit außer Kraft gesetzt wurde. Warum wurden die Emissionen der letztinstanzlichen Garantie staatlicher Gewalt, des Militärs, aus allen internationalen Klimaschutzverhandlungen strikt herausgehalten? Sollten die essentiellen Grundlagen biologischer Reproduktion nicht allen Menschen gleichermaßen zur Verfügung stehen, anstatt privat angeeignet und gegen das Lebensinteresse anderer ins Feld geführt zu werden? Sollte der Mensch als das am höchsten entwickelte Tier nicht daran interessiert sein, dem Blutfluß gegenseitiger Verstoffwechslung ein Ende zu bereiten, die erforderlichen Lebensmittel so gewaltfrei wie möglich zu erzeugen und damit einen wichtigen Beitrag zum Erhalt der Biosphäre zu leisten?

An unbescheidenen, der in ihrer Grausamkeit so skandalösen wie selbstverständlichen Ordnung der Dinge auf den Leib rückenden Fragen herrscht kein Mangel, an Menschen, die den Mut haben, sie auszusprechen, schon eher. Indem die FFF-AktivistInnen rufen, daß sie sich ihre Zukunft nicht klauen lassen, haben sie die Eigentumsfrage eigentlich schon gestellt. Je mehr die herrschaftliche Praxis,

die privatwirtschaftliche Aneignung essentieller Mittel und Güter des Lebenserhaltes nicht zum Thema zu machen und damit jede Politisierung der aus der Anhäufung von Eigentums- und Schuldtiteln erwachsenden Machtstellung zu verhindern, konkret sichtbar gemacht wird, desto deutlicher treten die Bedingungen des Kampfes hervor, der um die Zukunft des Lebens zu führen ist. Im Prinzip handelt es sich um den gleichen Kampf, den ganze Generationen sozialrevolutionärer AktivistInnen gegen Ausbeutung und Unterdrückung, gegen chauvinistische und faschistische Herrschaft geführt haben. Mehr als ein halbes Jahrhundert Lebenserwartung vor sich zu haben gibt noch mehr Anlaß dafür, Mut zu fassen und die Kritik so zuzuspitzen, daß das Gesicht aggressiver Zerstörungsgewalt von aller Beschönigung und Verharmlosung unverstellt hervortritt.

Anmerkungen:

[1] <https://www.commondreams.org/views/2019/11/29/why-weather-strike-again>

Im englischen Original vom 29. November 2019: After all, the climate crisis is not just about the environment. It is a crisis of human rights, of justice, and of political will. Colonial, racist, and patriarchal systems of oppression have created and fueled it. We need to dismantle them all.

[2] <http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/raub1224.html>

[3] <http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/raub1213.html>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/herr1869.html>

UMWELT

*poonal - Pressedienst
lateinamerikanischer
Nachrichtenagenturen*

Argentinien "Die Wichí trinken Wasser aus Glyphosat-Kanistern"

von La Retaguardia

Mara Puntano ist Journalistin und Anwältin aus Salta. Sie beschreibt das Leben der Wichí-Gemeinden in Salta im Nordwesten Argentiniens und spricht von Genozid.

(Buenos Aires, 24. Februar 2020, anred) - Mara Puntano ist Journalistin und Anwältin aus Salta. Sie beschreibt das Leben der Wichí-Gemeinden in Salta im Nordwesten Argentiniens. Sie erzählt, wie schwierig es für die Wichí ist, an Trinkwasser zu gelangen und dass der Staat sie schon seit langem in ihrem Leiden alleine lässt. Puntano spricht von Genozid, vergleicht die Situation mit der Kolonialisierung und spielt auf die Korruption in der Politik an. Als dieser Beitrag veröffentlicht wird, wird der Tod eines weiteren Wichí-Kindes bekannt. Ayelén Torres ist bereits das neunte Kind der Wichí-Gemeinde, das in kurzer Zeit gestorben ist. Sie kam aus Santa María, und das nächste Krankenhaus ist 22 Kilometer entfernt.

'In Salta sterben Kinder an Unterernährung' [1], heißt es in den Nachrichten. Die Anwältin und Journalistin Mara Puntano erklärt in diesem Gespräch ausführlich die Hintergründe und das wahre

Ausmaß eines Problems, welches bereits seit langem existiert. Deshalb bedarf es schneller Hilfe, doch Lösungsansätze scheinen noch weit entfernt. Stattdessen hört man nur Versprechen des Ministers für soziale Entwicklung, Daniel Arroyo, sowie von einigen Unternehmern wie Marcelo Tinelli. Er versprach Brunnen in der Region zu errichten, denn die Wasserversorgung ist eines der größten Probleme der Gemeinden.

*

La Retaguardia: Wir alle kennen die Situation der Wichí, aber ich würde gerne eine erste Einschätzung von dir bekommen und wissen, wie das in deinen Augen der Rest der Gesellschaft erlebt.

Mara Puntano: Was sich hier zeigt, ist die Absurdität unseres Systems. Leider ist Salta noch immer von seiner Vergangenheit geprägt, der Eroberung vor 500 Jahren. Damals wurde damit begonnen, die indigene Bevölkerung systematisch auszurotten. Diese hat jedoch Widerstandsstrategien entwickelt, so dass es seit 500 Jahren nicht möglich war, die Indigenen auszulöschen. Die Provinz Salta weist innerhalb Argentiniens die größte ethnische Vielfalt auf. Dort leben 14 verschiedene Ethnien mit ihren individuellen Formen der Sprachen, der Kultur und des Widerstandes. Auf unterschiedliche Art und Weise haben sie gelernt zu schweigen und zu überleben. Dabei ist offensichtlich, dass der Kampf gegen dieses System und die Conquista noch nicht vorbei ist. Noch immer müssen sich die Ureinwohner*innen in Salta den spanischen Einwander*innen unterwerfen, die

damals mit dem Schwert und dem Kreuz das Land einnahmen und das ihre Nachkommen bis heute beherrschen. Daraus resultiert ein Völkermord an einer der friedlichsten indigenen Volksgruppen, den Wichí.

Für diejenigen, die mit der Situation in der Region wenig vertraut sind; inzwischen hat das Vorgehen gegen die Indigenen ein derartiges Ausmaß angenommen, dass sich die Lebensweise der Wichí deutlich verändert hat.

Das ist richtig. Ursprünglich waren die Wichí ein Nomadenvolk. Sie sind durch das Land gezogen und haben in der Wildnis als Jäger*innen und Sammler*innen gelebt. Sie haben sich von Mutter Erde ernährt, von der Fischerei und der Jagd. Nun sind die Wichí der Politik der korrupten nationalen und lokalen Regierungen schutzlos ausgeliefert. Sie werden ausgebeutet und von dem Land ihrer Vorfahren vertrieben. Man muss wissen, das sich das Volk der Wichí aus mehr als tausend Gemeinschaften zusammensetzt. Doch nur die wenigsten haben einen rechtlichen Status. Die Mehrheit lebt noch immer nach ihrer nomadischen Tradition. Sie ziehen dorthin, wo es Nahrung gibt. Doch wo früher Bäume standen, vor allem Johannisbrotbäume, befinden sich nun eingezäunte Sojafelder. Der Johannisbrotbaum dient den Wichí als wichtige Nahrungsquelle, das Holz nutzen sie für Handwerk, Kunst und Möbel - die Wichí haben großes Talent für die Holzarbeit.

Auch durch die Soja-Monokulturen fehlt den Wichí der Johannisbrotbaum als Nahrungsgrundlage und Rohstoff für ihr Handwerk.

Darüber hinaus werden sie beim Fischen von der Wasserschutzpolizei verfolgt - oder vielmehr vertrieben. Die Wichí bewegen sich vor allem zwischen den Flüssen Bermejo und Pilcomayo, die einen Teil der argentinischen Grenze zu Bolivien bilden. Genau in dieser Region werden sie nicht nur durch den Sojaanbau eingeschränkt, sondern auch durch die Erdölunternehmen, die dort Fracking betreiben und das Wasser verschmutzen. Darüber hinaus haben die Ölunternehmen polizeiähnliche Sicherheitsdienste, so dass bei jeder Art von Protest die Ureinwohner*innen kriminalisiert werden. Die Wichí sprechen häufig kein Spanisch und können sich daher nicht mit Rechtsmitteln wehren. Folglich werden sie immer wieder grundlos inhaftiert.

Gerade Frauen haben keinen Zugang zum öffentlichen Gesundheitssystem. Nötig wäre ein bilinguales Programm und Dolmetscher*innen in der Justiz, dem Bildungssystem und dem Gesundheitswesen. Denn die Gesetze müssen auch für die Indigenen verständlich sein und der Zugang zu öffentlicher Infrastruktur darf ihnen nicht verwehrt bleiben. Doch ihre Rechte können sie bislang nicht wahrnehmen. Die Folge ist eine Hungersnot und die Schwächsten sterben daran. Daher sprechen wir von einem Ethnozid, einem Völkermord, und dieser hält schon seit langer Zeit an.

Salta hat eine dermaßen feudale Struktur, dass sich die Mehrheit der Bevölkerung längst daran gewöhnt hat. Diese Gleichgültigkeit geht soweit, dass das Abgeordnetenhaus hinter verschlossenen Türen und im Schnellverfahren ein Gesetz verabschiedet hat, wel-

ches der Gouverneur (Gustavo) Sáenz einbrachte. Nötig gewesen wäre ein legislatives Verfahren, um den sozialen Notstand aufgrund der Hungerkrise auszurufen und den indigenen Gemeinden zu Hilfe zu kommen. Stattdessen aber wurde ein Gesetz verabschiedet, auf Grundlage dessen die Zahl der Richter*innen am Gerichtshof erhöht wird. Dies dient in erster Linie dazu, dem Bruder des ehemaligen Gouverneurs Juan Manuel Urtubey [2], der bislang als Abgeordneter für die Verwaltung des historischen Reparationsfonds zuständig war, eine bessere Position zu verschaffen. Dabei wissen alle, dass er dafür verantwortlich war, den Gemeinden Zugang zu Trinkwasser zu ermöglichen und dass dies letztendlich nie umgesetzt wurde. Daher ist offensichtlich, wer die Verantwortlichen für diesen Völkermord sind. Urtubey hat vom Staat Millionen zur Verfügung gestellt bekommen, um diese Hungersnot zu beenden. Jedoch kamen die Gelder nie bei den indigenen Gemeinschaften an und nun hat die Regierung zahlreiche Todesfälle zu verantworten. 32 Kinder liegen im Krankenhaus, während sich 2000 Kinder weiterhin in Lebensgefahr befinden. Die Verwaltung des Reparationsfonds liegt weiterhin in den Händen des Bruders, welcher in Kürze Justizminister sein wird, sobald das Vorhaben durch den Senat gewunken wird. Und damit werden mögliche Hilfgelder für die Indigenen endgültig versiegen.

Die nationale Regierung hat einige Maßnahmen angekündigt, die der Minister Arroyo im Rahmen seiner Reise vorantreiben will. Bedeutet das, dass konkrete Maßnahmen umgesetzt werden?

Nein. Ich muss zugeben, dass einige der Beamten*innen der Zentralregierung durchaus guten Willen zeigen, doch das ändert nichts an der Tatsache, dass die Politik zwar auf dem Papier viel verspricht, aber nur wenig mit der Realität zu tun hat. Wir sprechen von den Regionen Rivadavia Banda Norte, San Martín und Orán. Dort lebt die indigene Bevölkerung in Hütten aus vier Stöcken mit Plastik und Nylon, wo die Menschen auf dem Boden schlafen müssen

An diesem Punkt des Gesprächs verliert Mara Puntano die Fassung. Ihre Stimme wird brüchig und versagt, so dass sie das Interview unterbrechen muss. Nach einer kurzen Pause fährt sie dennoch fort, da sie weiß, dass es wichtig ist, diese Missstände auszusprechen.

Ich wiederhole: Man hat den Wichí das Wenige genommen, was sie zum Leben brauchen: ihre Bäume, das Wasser der Flüsse und die Fische. Gibt man ihnen stattdessen eine Kreditkarte in die Hand, um in den Supermarkt zu gehen, wurde einfach nicht bedacht, dass es in den Dörfern nichts zu kaufen gibt und die Indigenen daher viele Kilometer weit laufen müssen. So währt diese "Sklaverei" fort, denn der Supermarkt, wo sie sich von ihrem wenigen Geld vielleicht ein Paket Mehl leisten können, gehört wiederum dem korrupten Gemeinderat, der sich das Geld in die eigene Tasche steckt. Vielleicht haben einige auch durchaus gute Absichten, doch letztendlich wird die arme Bevölkerung weiter ausgebeutet.

Was es braucht, ist sowohl auf nationaler als auch auf lokaler Ebene

ne eine Politik, die an der Wurzel des Problems ansetzt. Was dabei im Mittelpunkt stehen muss, ist der Respekt für die indigenen Völker und ihr Recht, ihr Land selbst zu verwalten. Sie müssen Kontrolle über ihre natürlichen Ressourcen haben dürfen, über das Land, die Flüsse und den Zugang zu Wasser. Sie sollten so leben können, wie sie es schon immer gemacht haben und ihre Kultur ausüben dürfen. Doch stattdessen werden die Wichí ausgeschlossen und sind gleichzeitig einer Politik des systematischen Völkermordes ausgesetzt. Genau das Gleiche ist schon einmal während der "Wüstenkampagne" [3] passiert, nur dass es diesmal modern durchgeführt wird: Es fällt kein Schuss, es wird keine Kugel vergeudet, heutzutage überlässt der Staat die Menschen einfach dem Tod, indem er sie verhungern und verdursten lässt.

Pestizide werden auf dem Land der Ureinwohner*innen versprüht, sie trinken das Wasser, das sie in Glyphosat-Kanistern auf sammeln. Das wenige Wasser in der Region ist mit Blausäure kontaminiert oder wird zu kommerziellen Zwecken genutzt. So gibt es bereits in Puna ein großes Bergwerk und es sind 120 weitere Lithium-Projekte geplant. Das ist eine Verletzung der Menschenrechte und wenn wir der Sache nicht auf den Grund gehen, wird sich das Problem auch nicht lösen. Es sterben Kinder und ohne Kinder gibt es auch keine Zukunft.

Am Ende des Interviews erzählt Mara von einem vielversprechenden Projekt:

Trotz dieser tragischen Situation entwickeln die Ausgestoßenen,

Verwundbaren und Verachteten dennoch Lösungsansätze. Die Gewerkschaft der Arbeitslosen [4] aus dem Städtchen General Mosconi verteilt das wenige Wasser so gut wie möglich auf die Gemeinden. Darüber hinaus wurde eine Vielzahl von Projekten entwickelt, um irgendwie das Überleben zu sichern - ökologische Gemüsegärten, Viehzucht und die Ziegeleien für den Häuserbau. Da der Staat die indigenen Völker völlig sich selbst überlassen hat, kommt ihnen nun die Gewerkschaft zu Hilfe und bringt Wassertanks in die Dörfer. Sie setzt sich bei der Nationalregierung ein für den Brunnenbau in Rivadavia Banda Norte sowie in den Wichí-Gemeinden in den Regionen San Martín und Orán. Allerdings können aufgrund des Frackings und der Wasserverschmutzung nur an bestimmten Orten Brunnen errichtet werden.

Daher wurden für die verschmutzten Gebiete alternative Projekte geplant, wie der Bau von Wohnhäusern und Regenwasser-Auffangbecken, damit es zumindest sauberes Wasser gibt und nicht noch mehr Kinder sterben müssen. Doch bislang wurden diese Projekte noch nicht von der Regierung genehmigt.

Anmerkungen:

[1] <https://www.npla.de/thema/arbeit-gesundheit/eine-humanitaerekatastrophe/>

[2] https://en.wikipedia.org/wiki/Juan_Manuel_Urtubey

[3] <https://de.wikipedia.org/wiki/W%C3%BCstenkampagne>

[4] <http://faccyr.org.ar/union-de-trabajadores-desocupados-utd-mosconi/>

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/thema/arbeit-gesundheit/die-wichi-trinken-wasser-aus-glyphosat-kanistern/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber:
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin
Telefon: 030/789 913 61
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/internat/uifr0026.html>

MEDIEN / FAKTEN / INTERNATIONAL

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Chile

Warum die Medien das neoliberale System verteidigen

von Máximo Constanzo/Resumen Latinoamericano

(Santiago de Chile, 25. Februar 2020, Medio a Medio) - Die chilenischen Nachrichtenmedien haben jegliche journalistische Ethik über Bord geworfen, die ohnehin schon vor dem 18. Oktober 2019 spärlich vertreten war: Um jeglichen gesellschaftlichen Protest zu "kri-

minalisieren", den die Elite ihren Interessen gegenüber für feindlich betrachtet; um ein "normales" Land abzubilden und um einer Reihe von Personen und Institutionen, die das Schlimmste von Chile repräsentieren, eine Bühne zu bieten. Dies bestätigt die politi-

sche Maxime, dass Neutralität in Wirklichkeit nicht existiert. Sowohl das Fernsehen, das Radio, als auch Printmedien verteidigen seit Mitte November die Interessen ihrer Eigentümer*innen, die zur Machelite gehört, welche in Chile die Befehle gibt.

Einige Fragen und Antworten.

1. Warum kommt der Partei UDI, die wegen Korruption umstritten ist, die die Pinochet-Diktatur verteidigt und für Werte steht, die die breite Mehrheit im Land zurückweist, ein so gigantischer Raum in der medialen Berichterstattung zu?

Jede Meinung dieser Partei und ihrer Funktionär*innen wird im Fernsehen, im Radio und in den Printmedien breit thematisiert. Später werden sie im Kontrast zu ihren symbolischen "Gegner*innen" der ehemaligen Nueva Mayoría oder innerhalb des Regierungsbündnisses Chile Vamos dargestellt. Natürlich steht hinter der medialen Überrepräsentation eine Redaktionspolitik, die jegliches Gespür für die gesellschaftliche Realität im Land verfälscht. Die UDI vertritt die Macht des Geldes, der Korruption, der Lobby. Ganz nebenbei sind ihre Mitglieder Verbündete der Eigentümer*innen der Massenmedien. Wer das Geld gibt, bestimmt die Musik, wie meine Großmutter sagen würde.

2. Wieso wird einem Meinungsforschungsunternehmen wie CADEM von den Medien so viel Glaubwürdigkeit zugesprochen?

Es ist allgemein bekannt, nicht nur durch akademische Kritik, das CADEM ein regierungsfreundliches Unternehmen ist. Mehrfach mit öffentlichen Mitteln finanziert, etwa durch Verbindung zum Regierungspalast La Moneda oder vor allem mit dem Präsidenten Sebastián Piñera. Alle wissen, dass es manipuliert wird, trotzdem wird CADEM als glaubwürdig präsentiert. Der

zweite Stock der Moneda mit Larroulet (Chefberater des Präsidenten, UDI) zieht in dem Unternehmen die Fäden.

3. Wieso tauchen immer noch Vertreter*innen der Rechten, des ehemaligen Linksbündnisses Nueva Mayoría und des aktuellen linken Bündnisses Frente Amplio im Fernsehen, Radio und in der Printberichterstattung auf?

Sie halten das Land in einer gesellschaftspolitischen Krise gigantischen Ausmaßes und werden trotzdem als würdige Vertreter*innen der Gesellschaft dargestellt. Die sogenannte Partei der Ordnung funktioniert weiterhin oder versucht es, als wäre das Land das gleiche wie vor dem 18. Oktober. Sie tragen Scheingehefte unter sich aus, live und in Farbe, mit gespielten Ohrfeigen, die die meisten nicht interessieren und die bei den meisten Ablehnung hervorruft. Diese Formel hat ihnen die letzten 30 Jahre Erfolg eingebracht, es ist eine erfolgreiche Formel der Vergangenheit. Es fällt ihnen schwer, einzusehen, dass das jetzt nicht mehr funktioniert.

4. Warum versuchen Medien wie El Mercurio, La Tercera oder Radio Bío Bío den Eindruck zu erwecken, jeder Protest würde allgemein verurteilt?

Natürlich ist diese Zurückweisung die der Vertreter*innen der politischen Parteien, die zur "Partei der Ordnung" gehören. Die Ereignisse werden so dargestellt, als wäre die ganze Bevölkerung für die aktuelle ungerechte Gesellschaftsordnung. Jede kritische Stimme aus der Bevölkerung wird von der politischen Leitlinie der

Redaktionen verschwiegen, verfälscht, gelegnet oder auf unbedeutender Ebene präsentiert. Sie versuchen, den medialen Eindruck zu erwecken, dass die Revolte verurteilt wird.

5. Wieso werden Personen in der Berichterstattung über die Armen, über die einfache Bevölkerung, in Interviews oder Reportagen, zum Beispiel über die Jugendlichen in der ersten Reihe der Proteste, als "Wilde" oder als minderwertige Menschen bezeichnet?

Das Ziel ist, mit der Mentalität und den Ängsten der Mittelschicht zu spielen und Panik zu machen. Das könnte die Existenz der "Gelbwesten" oder die Unterstützung der Militärs und Polizist*innen für die "Vernichtung" erleichtern, wie es der Regionalchef der Carabineros nach den Protesten beim Festival in Viña del Mar passend sagte, dass "wir aber später nicht über die Situation der Menschenrechte sprechen werden."

Gut, wir könnten noch mehr Fragen stellen und Antworten geben, aber das würde sehr ausschweifen.

Konkret ist zu sagen, dass die Machtelite im November einen weichen Putsch durchgeführt hat, um die Revolte aufzuhalten. Daher stammt die "Einigung für den Frieden" und die militärisch-polizeiliche Vorbereitung. Gemeinsam mit den polizeilichen und militärischen Maßnahmen hat die Machtelite, also diejenigen, die in Chile wirklich den Ton angeben, die Disziplinierung der Medien angeordnet, um angeblich im Namen der Chilen*innen zu handeln.

RELIGION / CHRISTENTUM / MELDUNG

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin

Internationale Konferenz unter dem Thema

"Gottesbilder und Gewaltfreiheit"

von Church and Peace, Februar 2020

Diese momentan angemessene Medienmatrix wurde Ende des 19. Jahrhunderts von Eduardo Matte Pérez begründet, dem Urgroßvater von Eliodoro Matte Larraín (chilenischer Milliardär und Präsident des Papierunternehmens CMPC). "Die Eigentümer von Chile sind wir, die Eigentümer des Kapitals und des Bodens; alles andere ist beeinflussbare und verkäufliche Masse, die weder durch Meinung noch durch Prestige etwas wert ist."

Zum Glück ist diese "beeinflussbare und verkäufliche Masse" aufgewacht ("Chile desperato").

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/thema/kultur-medien/warum-die-medien-das-neoliberale-system-verteidigen/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber: Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin
Telefon: 030/789 913 61
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/medien/fakten/mfai0230.html>

Church and Peace lädt zur internationalen Konferenz unter dem Thema "Gottesbilder und Gewaltfreiheit" ein.

Bei dieser Konferenz werden sich die Teilnehmenden mit dem Zusammenhang von Gottesbildern und Gewaltfreiheit beschäftigen. Dieses herausfordernde theologische Thema stellt die Frage nach dem (weit verbreiteten patriarchalischen) Gottesbild: Gibt es einen unmittelbaren Bezug zwischen Gottesbild und der Befürwortung von Gewalt bzw. Gewaltfreiheit? Welche Gottesbilder befördern Gewaltfreiheit? Hat die Friedens-theologie das patriarchalische Gottesbild überwunden?

Auf diesem Hintergrund wird die Frage gestellt: Welches Gottesbild habe ich? Wie rede ich von und mit Gott? Wie prägt das mein Engagement für den Frieden? Welches Gottesverständnis drückt sich in der liturgischen Sprache und Tradition meiner Gemeinschaft aus? Wie tragen wir dazu bei, dass unsere Gruppen, Gemeinschaften und Kirchen eine (geschlechter-) gerechte Friedens-theologie, eine gerechte (liturgische) Sprache und die entsprechenden Haltungen entwickeln?

Das Tagungsthema wird (auch) als Beitrag zur UNO-Resolution

1325 (United Nations Security Council Resolution, UNSCR) und späterer Resolutionen im Rahmen der Agenda zu Frauen, Frieden und Sicherheit (Women, Peace and Security, WPS) verstanden.

Diese fordern mehr Schutz für Frauen vor sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt in Konfliktsituationen, die Förderung der politischen Partizipation von Frauen, die Prävention von Gewalt gegen Frauen durch die Förderung von Frauenrechten und Geschlechtergleichstellung sowie die Etablierung der Genderthematik in allen mit Frieden und Sicherheit zusammenhängenden Bereichen.

Weitere Informationen unter:

www.church-and-peace.org/2020/02/internationale-konferenz-mv2020/

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0
<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

*

Quelle:

Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin
Reto Thumiger
E-Mail:
redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de



Schattenblick

Informativ, sozial- und umweltkritisch, engagiert

Seit 2013 auch als Wochendruckausgabe

mit Berichten, Reportagen, Kommentaren und Interviews der **Schattenblick-Redaktion**, der **internationalen Nachrichtenagentur Pressenza** und des **Pressedienstes poonal** mit kritischen Analysen und Hintergründen aus aller Welt.

Einzelpreis: € 8,50 inkl. Versandkosten.

Abonnementpreis für vier aufeinander folgende Ausgaben:
€ 28,- inkl. Versandkosten

Für eine Bestellung ist der Preis auf das unten angegebene Konto zu überweisen. Bei Fortsetzungswunsch des Abonnements ist dieser sieben Tage vor Ablauf der ersten Abo-Bestellung mit jeweils € 28,- fortgesetzter Überweisung für die entsprechenden nächsten Ausgaben zu bestätigen. Bleibt eine Bestätigung während dieses Zeitraums aus, gilt das Abonnement als fristgemäß gekündigt. Bei einer Einzelbestellung muß die Einzahlung ebenfalls sieben Tage vor Erhalt getätigt worden sein.

Bestellung unter:

MA-Verlag, Commerzbank Heide
IBAN: DE54 2184 0078 0432 8720 00
BIC: COBADEFFXXX

MA-Verlag

Redaktion Schattenblick

Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwurth

Telefon: 04837 / 90 26 98

E-Mail: redaktion@schattenblick.de

Internet: www.schattenblick.de

Schattenblick Wochendruckausgabe

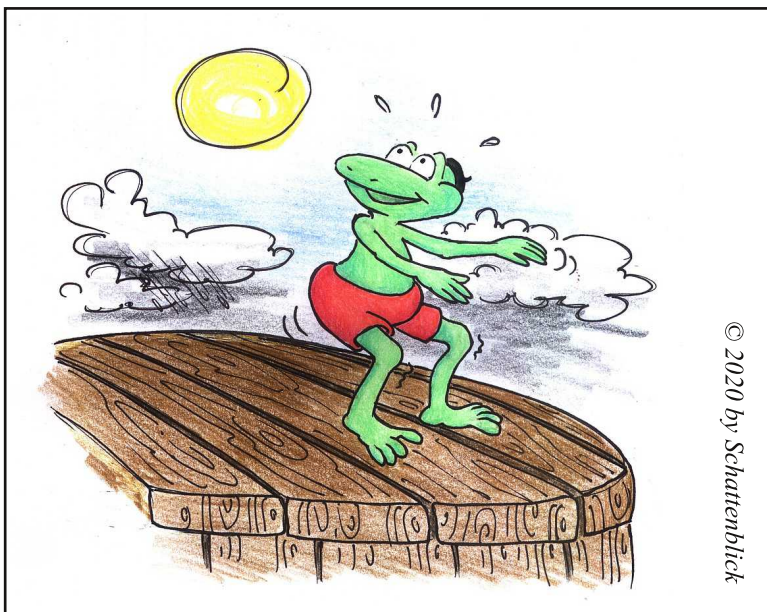
- fassen, lesen und begreifen -

- 1 POLITIK - AUSLAND: Bolivien - Laut Untersuchungen von US-Wissenschaftlern gab es "höchst wahrscheinlich" keinen Wahlbetrug (poonal)
- 3 POLITIK - REDAKTION: Wasserstreit - keine Lösung ...
- 4 SCHACH-SPHINX: Alte Frage im tausendfachen Gewand
- 5 POLITIK - KOMMENTAR: Flucht - eine Manövermasse ...
- 8 POLITIK - KOMMENTAR: Fridays for Future - Kritik zuspitzen ...
- 11 UMWELT - INTERNATIONALES: Mara Puntano, Argentinien - "Die Wichí trinken Wasser aus Glyphosat-Kanistern" (poonal)
- 14 MEDIEN - FAKTEN: Chile - Warum die Medien das neoliberale System verteidigen (poonal)
- 16 RELIGION - CHRISTENTUM: Internationale Konferenz unter dem Thema "Gottesbilder und Gewaltfreiheit" (Pressenza)
- 18 DIENSTE - WETTER: Und morgen, den 03. März 2020

DIENSTE / WETTER / AUSSICHTEN

Und morgen, den 3. März 2020

Vorhersage für den 03.03.2020 bis zum 04.03.2020



Von Regen zu Sonne,
Frosch Jean-Luc, der lacht,
weil er auf der Tonne
schon Freiübung macht.

IMPRESSUM

Elektronische Zeitung Schattenblick

Diensteanbieter: MA-Verlag Helmut Barthel, e.K.

Verantwortlicher Ansprechpartner: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

Elektronische Postadresse: ma-verlag@gmx.de

Telefonnummer: 04837/90 26 98

Registergericht: Amtsgericht Pinneberg / HRA 1221 ME

Journalistisch-redaktionelle Verantwortung (V.i.S.d.P.): Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDStV: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

ISSN 2190-6963

Urheberschutz und Nutzung: Der Urheber räumt Ihnen ganz konkret das Nutzungsrecht ein, sich eine private Kopie für persönliche Zwecke anzufertigen. Nicht berechtigt sind Sie dagegen, die Materialien zu verändern und / oder weiter zu geben oder gar selbst zu veröffentlichen. Nachdruck und Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, liegen die Urheberrechte für Bild und Text bei: Helmut Barthel

Haftung: Die Inhalte dieses Newsletters wurden sorgfältig geprüft und nach bestem Wissen erstellt. Bei der Wiedergabe und Verarbeitung der publizierten Informationen können jedoch Fehler nie mit hundertprozentiger Sicherheit ausgeschlossen werden.